

KW 21

## Aus der Fraktion

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP

### **30 Jahre Solingen – Erinnern bedeutet Betroffene zu stärken**

Der rassistische Brandanschlag von Solingen jährt sich am 29. Mai dieses Jahres zum 30. Mal. 1993 wurden in der Nacht auf den 29. Mai Gürsün İnce (27), Hatice Genç (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4) bei dem rassistischen Brandanschlag getötet. Viele weitere Familienmitglieder wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Erinnerung an Solingen ist eine wichtige Mahnung, Rechtsextremismus und Rassismus einzudämmen und demokratische Haltungen in unserer Gesellschaft fortwährend zu stärken. Daher haben die Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP den Antrag „Gedenken an die Opfer des rechtsextremistischen Brandanschlags in Solingen – Einstehen gegen Rassismus und Diskriminierung“ ein. Dazu erklären **Thorsten Schick**, Vorsitzender der CDU-Fraktion, **Jochen Ott**, Vorsitzender der SPD-Fraktion, **Verena Schäffer**, Vorsitzende der GRÜNEN Fraktion, sowie **Henning Höne**, Vorsitzender der FDP-Fraktion:

„Die Opfer des rechtsextremen Brandanschlags von Solingen, Gürsün İnce, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç, sind und bleiben unvergessen. Der Brandanschlag vom 29. Mai 1993 in Solingen steht in einer ganzen Reihe mit weiteren Ausbrüchen rechtsextremer Gewalt nach der Wiedervereinigung. Wir müssen weiterhin zu jeder Zeit und an jedem Ort rechtsextreme und rassistische Gewalt in Deutschland bekämpfen.

Wir sind dankbar, dass sich die Familie Genç, vor allem die vor wenigen Monaten verstorbene Mevlüde Genç, immer wieder für Versöhnung sowie gegen Rassismus und Hass eingesetzt hat. Trotz des großen Schmerzes über den Verlust bringen sie immer wieder die Kraft auf, über ihre Erfahrungen zu sprechen und für Frieden und Zusammenhalt zu appellieren. Das verdient unsere größte Anerkennung.

Die vielen Beratungs- und Bildungsstellen in Nordrhein-Westfalen, die von Rassismus und Rechtsextremismus Betroffene unterstützen und an der Prävention arbeiten, leisten einen wichtigen Beitrag. Ihre Arbeit wollen wir weiter unterstützen. Wir stellen uns in Nordrhein-Westfalen entschieden Rechtsextremismus und Rassismus entgegen.“

## Röls-Leitmann/Goeken: Bundesverkehrsminister Wissing muss für verlässliche Finanzierung der Wasserstraßen sorgen

Die Binnenschifffahrt spielt eine essentielle Rolle beim Transport von Rohstoffen und Gütern und ist ein bedeutender Standortfaktor in NRW. Zudem kommt der Verlagerung von Transporten auf die Wasserstraße eine zentrale Rolle bei der Erreichung von Klimazielen im Verkehrsbereich zu. Dafür braucht es eine leistungsfähige Infrastruktur an den Flüssen und Kanälen in NRW. Diese zu erhalten und auszubauen liegt in der Verantwortung des Bundes. Um die Binnenschifffahrt zu unterstützen, haben die Fraktionen von CDU und GRÜNEN den Antrag „Leistungsfähige Wasserstraßen und verlässliche Infrastruktur der Binnenschifffahrt“ in den Landtag eingebracht. Dazu erklären **Michael Röls-Leitmann** (GRÜNE), Sprecher für Klimaschutz und Energiepolitik, und **Matthias Goeken** (CDU), Vorsitzender des Verkehrsausschusses:

**Michael Röls-Leitmann:** „Wir wollen, dass mehr Güter auf den Wasserstraßen anstatt mit dem Lkw transportiert werden, denn die Binnenschifffahrt ist vergleichsweise klimafreundlich. Doch die Potenziale können nur genutzt werden, wenn die Infrastruktur der Wasserstraßen, für die der Bund zuständig ist, endlich verlässlich finanziert und saniert wird. Bundesverkehrsminister Wissing muss deshalb dringend die Unterfinanzierung in diesem Bereich beenden. Gleichzeitig gilt es, den Rhein als Lebens- und Naturraum zu stärken und notwendige Eingriffe, wie die Beseitigung von Engstellen, ökologisch verträglich zu gestalten. Durch die Klimakrise kommen auch auf die Binnenschifffahrt große Herausforderungen zu. Umso wichtiger ist es, die Branche bei der Entwicklung von neuen Schiffstypen und klimagerechten Antrieben zu unterstützen, um auch bei Niedrigwasser einen funktionierenden Gütertransport zu gewährleisten und den Schiffsverkehr perspektivisch klimaneutral zu machen. Dabei wollen wir die Binnenschifffahrt durch entsprechende Förderung von Forschung und Entwicklung unterstützen.“

**Matthias Goeken:** „Wasserstraßen ermöglichen einen schnellen Transport und entlasten unsere Autobahnen. NRW als erfolgreicher Industrie- und Wirtschaftsstandort benötigt ein belastbares und flexibles Logistiknetz, um den Standard halten zu können und weiter auszubauen. Wir wollen deshalb unsere Wasserstraßen zukunftssicher machen. Viele Schleusenanlagen, Poller und Festmacher müssen dringend saniert werden. Brücken müssen angehoben werden, damit Schiffe mit hoher Ladung die Brücken passieren können. Wir wollen uns beim Bund dafür stark machen, dass diese Arbeiten durchgeführt werden, da dieser Bereich in den Aufgabenbereich des Bundes fällt. Der Fachkräftemangel macht sich auch in der Schifffahrt bemerkbar. Es müssen effiziente Maßnahmen getroffen werden, um das vorhandene Personal zu halten und neues Personal zu rekrutieren.“

## Eisentraut/Brüntrup: Wir entlasten Studierende

Wissenschaftsministerin Ina Brandes hat im Plenum verkündet, dass durch den Zuschuss der schwarz-grünen Landesregierung die Studierendenwerke ab Juni die Mensapreise auf das Vorjahresniveau senken und weitere, geplante Erhöhungen in diesem Jahr ausbleiben. Dazu erklären **Julia Eisentraut**, Sprecherin für Wissenschaft der GRÜNEN Landtagsfraktion, und **Tom Brüntrup**, Mitglied im Wissenschaftsausschuss für die CDU-Fraktion:

**Julia Eisentraut:** „Gestiegene Energiekosten, Inflation, Mieten: Auch Studierende leiden unter den gestiegenen und hohen Lebenshaltungskosten. Gesundes Mensaessen zu fairen Preisen ist ein wichtiges Angebot der Studierendenwerke – gestiegene Lebensmittelpreise sorgen aber auch in den Mensen für Preissteigerungen. Uns ist es wichtig, die Studierenden zu entlasten. Daher ist es sehr gut, dass die schwarz-grüne Landesregierung den Studierendenwerken die erhöhten Einkaufspreise für den Mensabetrieb erstattet. Dadurch sorgt das Land dafür, dass die geplanten Preiserhöhungen in den Mensen für das Jahr 2023 zurückgenommen werden und unsere Hilfen damit den Studierenden zugutekommen.“

**Tom Brüntrup:** „Ein Mensaessen wird für alle Studentinnen und Studenten bezahlbar bleiben. Als schwarz-grüne Koalition haben wir unser Versprechen aus dem Koalitionsvertrag gehalten und dieses Jahr die Zuschüsse auf über 46 Mio. Euro erhöht. Und wir sorgen mit den Ausgleichszahlungen für gestiegene Lebensmittel jetzt dafür, dass die Preise in Mensen und Cafés der Studierendenwerke ab Juni wieder auf das Niveau von Ende 2022 sinken. Sämtliche für 2023 geplanten Preiserhöhungen werden ausgesetzt. Es ist ein gutes Signal, dass sich Ministerin Ina Brandes auch heute noch einmal sehr klar vor die Studierendenwerke gestellt und ein erfreuliches gemeinsames Ergebnis verkündet hat. Zusammen mit den Ausgleichszahlungen für gestiegene Lebensmittelpreise und Energiekosten sowie den Investitionskostenzuschüssen stellen wir den Studierendenwerken in Nordrhein-Westfalen mehr Förderung zur Verfügung als je zuvor.“

### Aus der Landesregierung

## Landesregierung startet mit der Förderung des Programms „Sprach-Kita“ für die zweite Jahreshälfte

### Familienministerin Paul: Sprache ist ein zentraler Schlüssel für Teilhabe

Die Landesregierung hält ihr Versprechen und steigt ab dem 1. Juli 2023 in die Förderung des wichtigen und vielfach gelobten Bundesprogramms der „Sprach-Kitas“

ein. Die in Kürze veröffentlichte Förderrichtlinie ermöglicht die Fortsetzung der Arbeit in mehr als 1.300 „Sprach-Kitas“ in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen mehr als 90 Fachberatungsstellen, die kontinuierlich und prozessbegleitend die Qualitätsentwicklung in den Sprach-Kitas unterstützen.

Seit der Entscheidung des Bundes, kurzfristig aus der Förderung der „Sprach-Kitas“ auszusteigen, hat sich Nordrhein-Westfalen für eine Fortsetzung des Programms eingesetzt. Gemeinsam mit den anderen Länderkolleginnen und -kollegen sowie Bundesfamilienministerin Lisa Paus konnte zunächst eine bundesseitige Anschlussfinanzierung bis Mitte des Jahres gewährleistet werden. Nun steht die Finanzierung für das gesamte Jahr.

Familienministerin Josefine Paul: „Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, die Finanzierung für die ‚Sprach-Kitas‘ sicherzustellen. Sprache ist ein zentraler Schlüssel für Teilhabe, deshalb legen wir als Landesregierung einen Schwerpunkt auf die Sprachförderung bei Kindern. Wir brauchen außerdem verlässliche Bildung, Erziehung und Betreuung in den Kindertageseinrichtungen. Das gelingt nicht ohne attraktive und wertschätzende Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte – auch dabei hilft das von allen Seiten hochgelobte Programm.“

Mit den „Sprach-Kitas“ hat der Bund seit 2016 die Sprachentwicklung von Kindern vorwiegend in Kitas gefördert, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit sprachlichem Förderbedarf besucht werden. Für jede „Sprach-Kita“ stellt das Programm eine zusätzliche halbe Fachkraftstelle zur Verfügung. Einige große Einrichtungen erhalten zwei halbe Fachkraftstellen. Auch die Förderung der prozessbegleitenden Fachberatung wird mit 93 halben Stellen fortgesetzt und so die Verbundstruktur als eins der herausragenden Merkmale der Sprach-Kitas erhalten.

Rund 30 Prozent der Kinder in den Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen wachsen in Familien auf, in denen vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird. Über die Förderung in den „Sprach-Kitas“ werden insbesondere Kinder in den Blick genommen, deren Eltern selbst keine oder eingeschränkte Deutschkenntnisse haben. Gleichzeitig können alle anderen Kinder von der Förderung profitieren. Inhaltliche Schwerpunkte sind die alltagsintegrierte sprachliche Bildung, inklusive Pädagogik und die Zusammenarbeit mit den Familien.

## **Ministerin Feller: Wir werden unsere Grundschulen gezielt unterstützen**

**Maßnahmen zur Stärkung der Basiskompetenzen von Grundschülerinnen und Grundschulern vorgestellt / Digitale Großveranstaltung mit allen Schulen der Primarstufe Mitte Juni 2023**

Schul- und Bildungsministerin Dorothee Feller hat im Schulausschuss des Landtags erste Maßnahmen vorgestellt, um die Basiskompetenzen von Grundschülerinnen und Grundschulern Schritt für Schritt zu fördern. „Die Ergebnisse der jüngsten Leistungsstudien sind alarmierend, und wir werden uns nicht damit abfinden“, betonte die Ministerin. „Gemeinsam mit unseren Schulen werden wir alles daransetzen, dass wir die Basiskompetenzen unserer Schülerinnen und Schüler fördern. Die gewünschten Erfolge werden sich leider nicht kurzfristig einstellen – hierfür benötigen wir vor allem Zeit. Wichtig ist, jetzt mit der Umsetzung geeigneter Maßnahmen zu beginnen und klare Schwerpunkte zu setzen“, führte sie aus. „An unseren Grundschulen engagieren sich die Lehrkräfte täglich, damit die Schülerinnen und Schüler erfolgreich lernen können. Unser Ziel ist es, die Grundschulen noch besser und gezielter dabei zu unterstützen.“

Laut IQB-Studie vom letzten Herbst erfüllt rund ein Viertel der Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen Nordrhein-Westfalens die Mindestvoraussetzungen im Lesen, Schreiben, Rechnen, Zuhören und in der emotional-sozialen Entwicklung nicht. Die aktuelle IGLU-Studie hat dieses Ergebnis bundesweit noch einmal bestätigt.

Bei der Umsetzung aller Maßnahmen setzt das Ministerium auf eine verbindliche und verlässliche Herangehensweise mit klaren Schwerpunkten. So werden den Schulen auf der Basis aktueller fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Erkenntnisse klare Handlungsempfehlungen und konkrete Materialien auch mit dem Ziel der Stärkung der Basiskompetenzen zur Verfügung gestellt. Zunächst soll ab dem Schuljahr 2023/2024 ein deutlicher Fokus auf das Lesen gesetzt werden. Neben dem Einsatz geeigneter Materialien ist auch das regelmäßige Lesen für den Lernerfolg von zentraler Bedeutung. Deshalb werden an den Grundschulen unter der Kurzformel „3 x 20 Minuten Lesen“ im Rahmen der Stundentafel jede Woche verbindliche Lesezeiten eingeführt.

Über die konkrete Umsetzung dieser Maßnahmen informiert das Ministerium die Schulen noch vor den Sommerferien Mitte Juni auf einer digitalen Großveranstaltung. Ministerin Feller: „Mit dieser Veranstaltung wenden wir uns direkt an die Schulen, um ihnen Informationen aus erster Hand zu geben und sie auf ihrem Weg durch die Vielzahl an Angeboten und Materialien zu unterstützen. Für Fragen und Anregungen sind wir offen.“

Eine Übersicht über die ersten Maßnahmen zur Stärkung der Basiskompetenzen von Grundschülerinnen und Grundschulern finden Sie in einem Faktenblatt [hier](#).

## Landesregierung entlastet Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung

**Ministerin Paul: Die Kommunen leisten Herausragendes, deshalb rechnen wir die Schutzsuchenden in Landeseinrichtungen künftig eins zu eins auf die Aufnahmeverpflichtung an**

Kinder, Frauen und Männer fliehen nach Deutschland und Nordrhein-Westfalen – vor Russlands völkerrechtswidrigem Angriffskrieg und vor Krieg, Bomben, Ausbeutung, Verfolgung, Folter und Tod überall auf der Welt. Dabei stehen gerade die Kommunen bei der Unterbringung der Schutzsuchenden sowie der Integration vor großen Herausforderungen. Die Landesregierung steht innerhalb der Verantwortungsgemeinschaft aus Bund, Ländern und Kommunen zu ihrer Verantwortung, diesen Menschen Schutz zu gewähren und die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung zu unterstützen.

Um die Kommunen aufgrund der hohen Zugänge von Geflüchteten zu entlasten, sollen die Unterbringungsplätze in Landesunterkünften unabhängig vom Einrichtungstyp künftig im Verhältnis eins zu eins – also zu 100 Prozent – auf die Aufnahmeverpflichtung der jeweiligen Kommunen angerechnet werden. Eine entsprechende Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz, kurz FlüAG) hat das Kabinett in seiner jüngsten Sitzung beschlossen. Das dafür erforderliche Gesetzgebungsverfahren wird zügig angestoßen.

Flüchtlingsministerin Josefine Paul: „Insbesondere die Kommunen und die vielen Engagierten vor Ort leisten derzeit Herausragendes bei der Unterbringung und Versorgung der Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Terror zu uns fliehen – und gehen dabei oft bis an die Belastungsgrenze. Wir wissen um diese Situation und kommen nun einer Forderung aus dem kommunalen Raum nach. Wir sind zuversichtlich, dass die 1:1-Anrechnung dazu führt, dass sich mehr Kommunen bereit erklären, den Weg für eine Landeseinrichtung auf ihrem Gemeindegebiet zu ebnen und gleichzeitig eine höhere Akzeptanz der Landeseinrichtungen vor Ort erzielt wird.“

Bisher vermindert sich die Aufnahmeverpflichtung einer Kommune um 50 Prozent der Kapazitätzahl einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) bzw. einer Notunterkunft (NU) sowie um 70 Prozent bei einer Erstaufnahmeeinrichtung (EAE), die auf dem eigenen Gemeindegebiet durch das Land betrieben wird. Nordrhein-Westfalen verfügt derzeit über insgesamt 44 Landesunterkünfte (fünf EAE, 27 ZUE und zwölf NU). Seit Beginn des Ukrainekrieges haben gut 218.000 Menschen aus der Ukraine in Nordrhein-Westfalen Schutz gefunden. Hinzu kommen Schutzsuchende aus anderen Ländern, in den ersten vier Monaten des Jahres 2023 haben entsprechend rund 22.000 Menschen Erstanträge auf Asyl in Nordrhein-Westfalen gestellt.

## Härtefallhilfe für Heizöl, Pellets und Flüssiggas für kleine und mittlere Unternehmen gestartet

### Ministerin Neubaur: Schnelle Hilfe auch für Unternehmen mit Kostensteigerungen für nicht-leitungsgebundene Energieträger

Ab sofort können kleine und mittlere Unternehmen, Soloselbstständige, freiberuflich Tätige und landwirtschaftliche Betriebe auch für nicht-leitungsgebundene Energieträger einen Zuschuss im Landesprogramm „Härtefallhilfe KMU Energie“ beantragen. Dazu gehören neben Heizöl und Holzpellets auch Flüssiggas, Holzhackschnittel, Holzbriketts, Scheitholz, Kohle und Koks. Den Zuschuss erhalten Betroffene, wenn sich die Preise für Beschaffungen im Jahr 2022 mehr als verdoppelt haben. Ziel ist, Betriebsaufgaben oder Arbeitsplatzabbau bei stark betroffenen Unternehmen so weit wie möglich verhindern.

Wirtschaftsministerin Mona Neubaur: „Mit dieser Programmweiterung ergänzen wir die bisherige Unterstützung von Bund und Land. Während für Strom, Gas und Wärme bereits die Bremsen des Bundes und die erste Stufe der Härtefallhilfe des Landes greifen, schließen wir nun die Lücke für viele weitere betroffene Unternehmen. In den vergangenen Monaten sind die Energiepreise zwar zum Glück spürbar gesunken, die kräftigen Preissteigerungen im Jahr 2022 haben aber viele Betriebe massiv belastet – und dort setzt das aktuelle Hilfsprogramm an. Energiesparanreize bleiben dabei weiterhin bestehen.“

Auch für die Programmweiterung übernimmt die NRW.BANK als Förderbank des Landes die Prüfung und Bewilligung in einem digitalen Antragsverfahren. Die Ausgestaltung der Härtefallhilfe ist eng an die [Hilfen für Privathaushalte](#) des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung angelehnt.

Bereits seit 21. März 2023 können kleine und mittlere Unternehmen, deren Preise für Strom, leitungsgebundenes Erdgas und Wärme sich 2022 mindestens vervierfacht haben, Zuschüsse in Höhe eines Monatsabschlags für das Jahr 2022 beantragen. Zur Feststellung besonderer Härten im Einzelfall hat das Land Nordrhein-Westfalen außerdem eine Härtefallkommission eingerichtet. Beteiligt sind die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und der Verband Freier Berufe.

Das Antragsportal der Härtefallhilfe KMU Energie finden Sie hier: <https://nrwbank.de/haertefallhilfe-kmu-energie-nle>.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.wirtschaft.nrw/haertefallhilfe-kmu-energie](http://www.wirtschaft.nrw/haertefallhilfe-kmu-energie)

**Hintergrund Wirtschaftshilfen:** Das Grundkonzept hatte eine Sonder-Konferenz der Wirtschaftsministerinnen und -minister der Länder unter Leitung von Nordrhein-Westfalen Ende vergangenen Jahres beschlossen. Die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund liegt seit dem 8. März vor. Die Länder haben in den Verhandlungen mit dem Bund erreicht, dass das Programm auch Betrieben zugutekommt, die Heizöl, Holzpellets oder andere nicht-leitungsgebundene Energieträger nutzen.

## **Umweltminister Krischer: Naturparke und Nationalparke sind ökologische Schätze und regionale Wirtschaftsfaktoren**

### **Erleben, beobachten, verstehen: Neu aufgelegte Broschüre informiert über 12 Naturparke und den Nationalpark Eifel – Naturtourismus boomt**

Alte Buchenwälder, mystische Moore, knorrige Eichenbäume, moosbedeckte Auenwälder, blühende Heideflächen, ausgedehnte Wasserlandschaften und wilde Mittelgebirgsbäche: „Nordrhein-Westfalen hat eine einzigartige Natur und eine faszinierende Artenvielfalt“, sagte Umweltminister Oliver Krischer zum Europäischen Tag der Parke am Mittwoch, 24. Mai 2023, und betonte die hohe Bedeutung von Großschutzgebieten für die Artenvielfalt und die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Regionen. „Unsere Naturparke und der Nationalpark Eifel sind wertvolle Horte der biologischen Vielfalt, Faktoren einer nachhaltigen Entwicklung und Vorbilder des sanften Tourismus. Sie beherbergen seltene und gefährdete Lebensräume und zeigen den Menschen mit ihren vielfältigen Angeboten, wie einmalig und schützenswert die Natur vor unserer Haustür ist.“

Aus Anlass des Europäischen Tag der Parke hat das Umweltministerium nun eine 120 Seiten umfassende Broschüre zum Nationalpark Eifel und den zwölf Naturparken aktualisiert und neu aufgelegt – für Ausflüge und Wanderungen durch die faszinierende Natur in Nordrhein-Westfalen. Die Broschüre Naturschutz, Naturerbe, Naturerleben in Nordrhein-Westfalen: Zwölf Naturparke und ein Nationalpark ist eine bunte Mischung aus Erlebnistexten und Fotoreihen, Kartenübersichten, Service-Tipps, zahlreichen Fakten, Daten, Informationen und Ausflugstipps zu jedem einzelnen Naturpark und dem Nationalpark Eifel, darunter auch Informationen zum „Sternenpark Nationalpark Eifel“, der Astronomie-Werkstatt „Sterne ohne Grenzen“ am Internationalen Platz Vogelsang IP und den „SternenGuides“ des Naturparks Nordeifel, die Sternenführungen im Gebiet anbieten.

### **Nationalpark ist Wirtschaftsmotor in der Region**

Darüber hinaus sind die Naturparke und der Nationalpark Eifel wichtige Standortfaktoren in den ländlichen Regionen. Dies werde insbesondere durch die Entwicklung



der Gästezahlen des Nationalparks Eifel ersichtlich: Seit der ersten Untersuchung 2007 (450.000 Gäste) haben sich die Besucherzahlen des Nationalparks mehr als verdoppelt. 2022 haben rund eine Million Menschen den Nationalpark Eifel besucht und damit deutlich mehr als vor der Corona-Pandemie mit rund 887.000 Personen im Jahr 2019. Zu dieser Zeit gaben die Gäste rund 30 Millionen Euro pro Jahr bei ihrem Besuch in der Nationalparkregion aus. Minister Krischer: „Damit sind der Nationalpark Eifel und der angrenzende Naturpark Nordeifel wichtige Wirtschaftsfaktoren für den ländlichen Raum, gerade im Tourismus-Sektor.“

### **Horte der biologischen Vielfalt**

„Nordrhein-Westfalen hat einzigartige Naturlandschaften mit einer faszinierenden Artenvielfalt. Sie zu bewahren und zu schützen, ist eine existenzielle Aufgabe. In Nordrhein-Westfalen haben wir hierzu ein Netz aus Schutzgebieten, das wir weiter stärken möchten. Die erfolgreiche Entwicklung des Nationalparks und der Naturparke zeigt, wie wertvoll die Arbeit der Großschutzgebiete für Natur und Mensch ist“, betonte Minister Krischer.

Mehr als 43.000 verschiedene Tier-, Pilz- und Pflanzenarten und rund 70 verschiedene Lebensräume bilden die Grundlage für den Artenreichtum in Nordrhein-Westfalen. Aber auch trotz vieler erfolgreicher Natur- und Artenschutzprojekte ist der Verlust an biologischer Vielfalt auch in Nordrhein-Westfalen weiterhin hoch:

- Etwa 45 Prozent der untersuchten Tier-, Pilz- und Pflanzenarten stehen in Nordrhein-Westfalen auf der „Roten Liste“ – sind gefährdet, vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben.
- Rund 80 Prozent der Lebensräume im Tiefland sind in einem ungünstigen Erhaltungszustand – allen voran Moore, Grünland- und Gewässerlebensräume sowie Eichen- und Auenwälder.
- Und aktuell sind nur 8,8 Prozent aller Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen in einem sehr guten oder guten ökologischen Zustand.

Die Ursachen des Artensterbens und des Verlustes biologischer Vielfalt sind menschengemacht: Neben den Folgen des Klimawandels gehören hierzu unter anderem eine zu intensive Flächen-Bewirtschaftung und die Zerstörung und Zerschneidung naturnaher Lebensräume. Die Landesregierung will dem Verlust der biologischen Vielfalt und dem fortschreitenden Artensterben gegensteuern. „Die Biodiversitätskrise ist eine der beiden zentralen ökologischen Krisen unserer Zeit“, sagte Minister Kri-

scher. „Die Landesregierung hat sich vorgenommen, mit einer Vielzahl von Maßnahmen und einer umfangreichen Finanzierung die Biodiversitätskrise wirksam zu bekämpfen und in allen Politikfeldern mitzudenken.“

Der „Europäische Tag der Parke“ macht auf die Bedeutung von Großschutzgebieten aufmerksam und erinnert an die Einrichtung der ersten Nationalparke in Europa am 24. Mai 1909 in Schweden.

#### **Weitere Informationen:**

Die aktualisierte Neuauflage der Broschüre „Zwölf Naturparke und ein Nationalpark – Naturschutz, Naturerbe, Naturerleben in Nordrhein-Westfalen“ kann kostenfrei unter folgendem Link bestellt werden. Dort steht auch eine PDF-Version zur Ansicht zur Verfügung:

[https://www.umwelt.nrw.de/mediathek/broschueren/detailseite-broschueren?backId=147&broschueren\\_id=10669&cHash=c2f01a9924f1cec9ff4a304ed22e7214](https://www.umwelt.nrw.de/mediathek/broschueren/detailseite-broschueren?backId=147&broschueren_id=10669&cHash=c2f01a9924f1cec9ff4a304ed22e7214)

## **Erfolgreicher Sprengtest von Geldautomaten mit Vertretern der Polizei Nordrhein-Westfalen, der Polizei Niedersachsen und Sicherheitsbeauftragten verschiedener Kreditinstitute**

### **Minister Reul: Sichere Geldautomaten sind ein Gemeinschaftsprojekt**

Die Zahl von Automaten Sprengungen in Deutschland ist weiterhin auf einem hohen Niveau. Das lenkt die öffentliche Debatte auch auf den richtigen Schutz der Automaten. „Sichere Geldautomaten sind ein Gemeinschaftsprojekt“, sagte Herbert Reul, Innenminister von Nordrhein-Westfalen, nicht zum ersten Mal. Was Minister Reul und die Sonderkommission zur Bekämpfung und Ermittlung von Geldautomaten-Sprengungen (SoKo BEGAS) im nordrhein-westfälischen Innenministerium damit konkret meinen, zeigte sich zuletzt Mitte April 2023; Vertreter der Polizei aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen führten gemeinsam mit Sicherheitsbeauftragten verschiedener Kreditinstitute Sprengtests an unterschiedlichen Geldautomaten durch. Bei den Tests wurden neue Sicherungssysteme, insbesondere Färbesysteme für Geldautomaten, einem Härtetest unterzogen.

Innenminister Herbert Reul: „Leider werden nicht nur in Nordrhein-Westfalen regelmäßig Geldautomaten gesprengt. Viele Banken haben darauf reagiert und ihre Automaten aufgerüstet. Die Sonderkommission BEGAS und das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen stehen hierbei beratend zur Seite. Denn eines ist klar: Unsere Geldautomaten und das Geld darin sind kein Freiwild. Wir müssen schauen, was

möglich ist, um Automaten robuster zu machen. Dass wir nun diese Sprengtests in so kurzer Zeit mit den Kreditinstituten organisiert haben, zeigt doch, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Wir alle wollen und werden es den Tätern mit jedem Tag schwerer machen, Geldautomaten zu sprengen.“ Die Idee zur Durchführung des Sprengtests entstand bei einem Treffen mit den Bankenvertretern Ende letzten Jahres, die Umsetzung erfolgte bereits wenige Monate später.

Die niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, sagte: „Die Bekämpfung der Geldautomatensprengungen genießt auf Seiten der Polizei Niedersachsen höchste Priorität. Ein entscheidender Faktor, um die Geldautomatensprengungen in den Griff zu bekommen, ist die Reduzierung des Tatanreizes. Hierfür ist die Erhöhung des Schutzniveaus der Automaten von wesentlicher Bedeutung. Die Täter dürfen schlichtweg nicht mehr an das Geld gelangen oder es muss für sie unbrauchbar sein! Die länderübergreifenden Tests belegen, dass die Polizeien der Länder im Schulterschluss mit den Banken und Sparkassen den diesbezüglich eingeschlagenen Weg sehr konsequent fortsetzen.“

Christa Lübbers, Leiterin der SoKo BEGAS aus dem nordrhein-westfälischen Innenministerium unterstreicht: „Kooperation auf allen Ebenen ist der Schlüssel zum Erfolg bei der Bekämpfung von Geldautomatensprengungen“.

Die von Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufene länderübergreifende Interessengemeinschaft Geldautomatensprengungen (LIGA), an der sich auch die Länder Niedersachsen und Hessen beteiligen, unterstützte die Tests mit einem geeigneten Sprengplatz im niedersächsischen Munster. Die Landeskriminalämter von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen organisierten und dokumentierten den Sprengtest. Die Kreditinstitute stellten Geldautomaten verschiedener Hersteller zur Verfügung. Die Bundesbank stellte entwertetes Bargeld bereit, um die Tests möglichst realitätsnah durchzuführen.

Die Ergebnisse waren für alle Beteiligten aufschlussreich. Beim Sprengtest wurden die Banknoten zum Großteil mit Farbe markiert und sind dadurch weitestgehend wertlos. Denn eingefärbtes Geld kann im regulären Geschäftsverkehr nicht mehr genutzt werden.

Für den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und den Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL) war die Beteiligung an den Tests eine Selbstverständlichkeit. „Alle müssen gemeinsam agieren. Nur so werden wir die Angriffe wirksam reduzieren können. Die Ergebnisse der Tests sind sehr ermutigend und werden zu weiteren Maßnahmen führen, um Sprengungen unattraktiv zu machen und somit zu verhindern“, so SVWL-Präsidentin Prof. Liane Buchholz und RSGV-Präsident Michael Breuer.

Tim Wolters, Sicherheitschef der TARGOBANK, hierzu: „Die Intensität der Angriffe ist auf ein Niveau eskaliert, das die Weiterentwicklung wirksamer Schutzmaßnahmen

erschwert. Um diesem Risiko zu begegnen und den Schutz der Menschen zu gewährleisten, investieren die Banken seit Jahren massiv in die Sicherheit ihrer Standorte und Geldautomaten.“

Wolters ergänzt: „Es ist wichtig, dass man sich auf wirksame Maßnahmen konzentriert. Deshalb sind wir über die Vorgehensweise von Innenminister Reul und seiner SoKo BEGAS in Nordrhein-Westfalen erfreut. Anstatt nur übereinander zu reden, gestalten wir die Prävention gemeinsam.“

Bilder des Sprengtests finden Sie unter folgendem Link: <https://www.im.nrw/media-thek>

## **Land Nordrhein-Westfalen und EU fördern die Modernisierung von Aus- und Weiterbildungszentren im Rheinischen Revier und Nördlichen Ruhrgebiet**

### **Minister Laumann: Moderne Aus- und Weiterbildungszentren sind ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität der beruflichen Bildung**

Ab sofort können Einrichtungen der beruflichen und akademischen Bildung im Rheinischen Revier und Nördlichen Ruhrgebiet von neuen Fördermöglichkeiten profitieren, um ihre Gebäude energetisch zu sanieren oder neu zu bauen und/oder (digitale) Lehr- und Lernräume auszustatten. Dafür stellen die Europäische Union aus dem Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund/JTF) und das Land Nordrhein-Westfalen rund 75 Millionen Euro zur Verfügung.

„Mir liegen gute Aus- und Weiterbildungsperspektiven ebenso am Herzen wie die Fachkräftesicherung für die Unternehmen im Land. Für beides brauchen wir moderne Bildungszentren. Es ist ein Kernanliegen der Arbeitspolitik in Nordrhein-Westfalen und auch der Fachkräfteoffensive der Landesregierung, die Einrichtungen der beruflichen Bildung fit für die Zukunft zu machen. Moderne Aus- und Weiterbildungszentren sind ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität der beruflichen Bildung“, erklärt Arbeitsminister Karl-Josef Laumann.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur sagt: „In den besonders vom Strukturwandel betroffenen Regionen verfolgt die Europäische Union mit dem Just Transition Fund das wichtige Ziel, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der klimaneutralen Transformation abzufedern. Mit der Modernisierung und energetischen Sanierung von Aus- und Weiterbildungszentren im Rheinischen Revier und im nördlichen Ruhrgebiet tragen wir zum Klimaschutz bei und begegnen zugleich dem großen Mangel an Fachkräften in Unternehmen und Handwerksbetrieben. Gut ausgestattete und moderne Bildungsstätten sind ein starkes Argument für

eine Ausbildung und bieten optimale Lernbedingungen, um junge Menschen auf die Arbeitswelt der Zukunft vorzubereiten.“

„Wir wollen Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas machen. Diese Transformation wird eine Kraftanstrengung. Sie wird uns aber nur gelingen, wenn wir es schaffen, den ökologischen Umbau voranzutreiben und unser Bundesland gleichzeitig zu einem der nachhaltigsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte in Europa zu gestalten. Dafür ist es unerlässlich, auch in die berufliche Aus- und Weiterbildung zu investieren und sie an den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Mit den Mitteln aus dem Just Transition Fund – dem EU-Fonds für einen gerechten Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft – wollen wir den Menschen zielgerichtete Angebote bieten“, ergänzt Umweltminister Oliver Krischer.

Die Landesregierung verfolgt im Rahmen der Fachkräfteoffensive das Ziel, Nordrhein-Westfalen zum Berufsbildungsland Nummer 1 zu machen. Zur Stärkung und Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung ist es notwendig, auch die erforderlichen Investitionen in die Gebäude und Ausstattung der beruflichen Bildungszentren zu unterstützen. Gefördert werden Vorhaben im Rheinischen Revier (StädteRegion Aachen, Stadt Mönchengladbach, Kreis Düren, Kreis Heinsberg, Rhein-Erft-Kreis und Rhein-Kreis Neuss) und dem Nördlichen Ruhrgebiet (Bottrop, Dorsten, Gladbeck und Marl). Weitere Informationen, die Richtlinie zum Förderangebot und den Link zur digitalen Antragstellung finden Sie unter <https://www.efre.nrw.de/wege-zur-foerderung/foerderungen-in-2021-2027/aus-und-weiterbildungszentren-im-rheinischen-revier-und-noerdlichen-ruhrgebiet-jtf>.

### **Zum Hintergrund:**

Nordrhein-Westfalen erhält von der Europäischen Union rund 680 Millionen Euro aus dem Just Transition Fund (JTF). Damit sollen die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft abgedeckt und die wirtschaftliche Umstellung in den von diesem Wandel besonders betroffenen Gebieten unterstützt werden. Als erste Förderangebote des JTF-Programms im Rheinischen Revier sind die Zukunftsgutscheine für kleine und mittlere Unternehmen „TransformConsult“, „Transformationsexpert:in“ und „TransformInvest“ gestartet.

Insgesamt steht für zukunftsweisende, nachhaltige und innovative Vorhaben in Nordrhein-Westfalen im EFRE/JTF-Programm NRW 2021-2027 ein Investitionsvolumen von rund 4,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Es speist sich aus 1,9 Milliarden Euro EU-Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des JTF sowie der Ko-Finanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen und Eigenanteilen der Projekte. Unterstützt werden Vorhaben aus den Themenfeldern Innovation, Mittelförderung, Nachhaltigkeit, Lebensqualität, Mobilität und Strukturwandel in Kohlerückzugsregionen. Weitere Informationen finden Sie unter [www.jtf.nrw](http://www.jtf.nrw) und unter den Hashtags #efrenrw / #jtfnrw.

# Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Justiz Nordrhein-Westfalen und Bayern entwickeln und erproben gemeinsam ein juristisches Sprachmodell

## Mittel aus der Digitalisierungsinitiative für die Justiz können beantragt werden

Sie beantworten selbstständig Fragen, lösen Rätsel oder schreiben Texte: Sprachmodelle wie ChatGPT sind die neuen Stars der Tech-Branche und breiten sich in hohem Tempo in vielen Bereichen aus. In einem Forschungsprojekt entwickeln und erproben Nordrhein-Westfalen und Bayern ein speziell auf die Bedürfnisse der Justiz abgestimmtes Sprachmodell.

Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Benjamin Limbach: „Wir freuen uns sehr, dass Nordrhein-Westfalen durch das gemeinsame Forschungsprojekt mit Bayern zur künstlichen Intelligenz einen Beitrag zur Modernisierung der Justiz und zur Wahrung der digitalen Souveränität Deutschlands leisten wird. Durch unser Engagement haben wir die Möglichkeit aktiv mitzugestalten, wie mit dem Generativen Sprachmodell der Justiz (GSJ) ein Large Language Model für die Justiz in Zukunft aussehen und für welche Zwecke es eingesetzt werden könnte.“

Bayerns Justizminister Georg Eisenreich: „Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, ohne dabei die Risiken aus dem Blick zu verlieren. Deshalb erforschen wir gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen den Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Justiz. Dieses innovative Projekt zeigt, dass wir neue technologische Entwicklungen für die Justiz nutzen und dabei zusammenarbeiten wollen.“

Auf wissenschaftlicher Ebene wird das Projekt von der Universität zu Köln unter der Leitung von Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb, Inhaberin des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Arbeitsrecht und Europäische Privatrechtsentwicklung, und von der Technischen Universität München unter der Leitung des Legal-Tech-Experten Prof. Dr. Matthias Grabmair erarbeitet.

Auf dem 2. Digitalgipfel am 25. Mai 2023 wurde beschlossen, dass das Generativen Sprachmodell der Justiz (GSJ) priorisiert wird. Zur Finanzierung des Forschungsvorhabens werden Nordrhein-Westfalen und Bayern Mittel aus der Digitalisierungsinitiative für die Justiz beantragen.

Das Modell soll anhand von mehreren Pilotprojekten, deren Ausgestaltung anhand der Anwenderbedürfnisse unter Anwendung von Legal Design Thinking Methoden erfolgt, erprobt werden. „Mit unserem Projekt wollen wir langfristig den Zugang zum Recht vereinfachen. Zugleich wollen wir unsere durch Massenverfahren und neue Kriminalitätsphänomene stark geforderten Gerichte entlasten, so die Minister der Justiz Dr. Limbach und Eisenreich.“

## **Internationale Jugendbegegnung 2023 im Regionalen Weimarer Dreieck**

### **Energiewende über Grenzen hinweg erleben – jetzt bewerben!**

Europaminister Nathanael Liminski ruft Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 17 und 23 Jahren zur Teilnahme an der deutsch-französisch-polnischen Jugendbegegnung vom 23. bis 29. Juli 2023 in der nordfranzösischen Stadt Lille auf. Hintergrund ist die über 20-jährige Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, der polnischen Woiwodschaft Schlesien und der französischen Region Hauts-de-France, das sogenannte Regionale Weimarer Dreieck. Der jährlich stattfindende Jugendgipfel der drei Regionen wird sich in diesem Jahr mit dem Thema „Energiewende versus Energiesouveränität?“ beschäftigen. Bewerbungen sind noch bis zum 18. Juni möglich.

„Unser geeintes Europa lebt von persönlichen Begegnungen, von gemeinsamen Erlebnissen und vom respektvollen Austausch. Es lebt davon, dass wir gemeinsam Probleme anpacken. Das genau ist das Angebot des Jugendgipfels im Regionalen Weimarer Dreieck“, so Minister Liminski. „Junge Menschen aus drei europäischen Transformationsregionen werden sich eine Woche lang mit der zentralen Zukunftsfrage unseres Kontinents befassen. Als starke Industrienationen sind wir auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Ganz besonders wichtig ist mir, dass dieses Jahr junge Ukrainerinnen und Ukrainer beim Jugendgipfel mitmachen. Nordrhein-Westfalen, Hauts-de-France und Schlesien senden damit ein Signal: Die Ukraine gehört zu Europa.“

Auf dem Programm stehen Exkursionen, Expertengespräche und Workshops rund um die Themen Wandel der Energiesysteme in Frankreich, Polen und Deutschland, erneuerbare Energien, Energiesparsamkeit sowie verbundene Herausforderungen für Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwarten Ausflüge in das ehemalige nordfranzösische Kohlerevier bassin minier, südwestlich von Lille und in die Hafenstadt Dunkerque – Innovationszentren, in denen die Zukunft von morgen gestaltet wird. Freizeit sowie das Kennenlernen und grenzüberschreitende Freundschaften knüpfen kommen bei Ausflügen ans Meer, ins Louvre Lens – der Zweigstelle des Louvre in Paris – oder einem gemeinsamen Filmabend nicht zu kurz. Spannender Abschluss der Begegnungswoche ist eine Diskussion mit angereisten Politikerinnen und Politikern aus den drei Regionen. Die Jugendliche haben hier die Chance, ihre Forderungen und ihre Ideen für die Zukunft zu adressieren.

Bewerben können sich Personen mit Wohnort in Nordrhein-Westfalen im Alter zwischen 17 und 23 Jahren. Englischkenntnisse sind erforderlich. Die Bewerbung ist zu richten an das aktuelle forum e.V., Mayka Kleine-Hering, Email: [m.kleine-hering@aktuelles-forum.de](mailto:m.kleine-hering@aktuelles-forum.de). Den Teilnehmenden entstehen keine Kosten für An- und Abreise, Unterkunft, Verpflegung und Programm. Nähere Informationen unter [www.aktuelles-forum.de](http://www.aktuelles-forum.de). Veranstalter sind die drei Regionalregierungen der Regionen Hauts-de-France, Schlesien und Nordrhein-Westfalen.

### **Hintergrund**

Die Partnerschaft zwischen den Regionen besteht seit 2001, damals unterzeichnete Nordrhein-Westfalen die erste trilaterale Erklärung zur Zusammenarbeit mit Schlesien und der damaligen Region Nord-Pas-de-Calais, die 2016 mit der Picardie zur neuen Region Hauts-de-France fusionierte. Damit wurde der Wille der drei europäischen Regionen deutlich, das 1991 gegründete Weimarer Dreieck, das die besonderen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Ländern Frankreich, Polen und Deutschland besiegelt, auch auf regionaler Ebene mit Leben zu füllen. Seit der Gründung im Jahr 2001 findet jährlich abwechselnd in den drei Regionen eine trilaterale Jugendbegegnung, der sogenannte Jugendgipfel, statt.

## **„Tür zu im Netz“: Land und 15 Partnerorganisationen starten Informationskampagne für mehr digitale Sicherheit in Unternehmen**

### **Ministerin Neubaur: Wir schärfen das Bewusstsein für Cyber-Gefahren und zeigen, wie digitale Abwehrkräfte gestärkt werden**

Bedrohungen im digitalen Raum nehmen stetig zu. Immer mehr Unternehmen auch in Nordrhein-Westfalen sind von Cyberangriffen betroffen, bei denen Kriminelle oft auf sensible Daten abzielen. Um auf digitale Gefahren aufmerksam machen und über Möglichkeiten zu informieren, die eigene IT-Sicherheit im Unternehmen zu stärken, startet das Land gemeinsam mit 15 Partnerorganisationen die Aktion „Tür zu im Netz“.

Wirtschaftsministerin Mona Neubaur: „Nicht erst die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine machen deutlich, dass Attacken aus dem digitalen Raum inzwischen zu den größten Bedrohungen für Unternehmen zählen. Maßnahmen für mehr Cybersicherheit gehören deshalb genauso zur Grundausstattung eines Unternehmens wie die Alarmanlage. Die Aktion ‚Tür zu im Netz‘ soll das Bewusstsein für Gefahren aus dem digitalen Raum schärfen und Wege aufzeigen, wie Unternehmen ihre digitalen Abwehrkräfte stärken und sensible Daten schützen können. Ge-



meinsam mit den Partnerorganisationen ermuntern wir Betriebe in Nordrhein-Westfalen, sich mit dem Thema Cybersicherheit auseinanderzusetzen. Denn jedes Unternehmen kann sich ohne großen Aufwand besser vor Cyberkriminellen schützen.“

Die Webseite [www.tuer-zu-im-netz.nrw](http://www.tuer-zu-im-netz.nrw) bietet eine unkomplizierte Terminvereinbarung für die kostenfreien Beratungsangebote von DIGITAL.SICHER.NRW und informiert über das Landesförderprogramm für mehr Cybersicherheit in Unternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen können durch das Förderprogramm „Mittelstand Innovativ & Digital“ im Baustein „MID-Digitale Sicherheit“ finanzielle Unterstützung für Cybersicherheitsmaßnahmen erhalten. Mit bis zu 15.000 Euro werden beispielsweise Investitionen in Hardware, Software und Maßnahmen wie Schwachstellen-Analysen oder Schulungen für Mitarbeitende aus Landesmitteln gefördert.

Die Aktion „Tür zu im Netz“ wird unterstützt von:

- Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft West e.V. (ASW West e.V.)
- Ärztekammer Nordrhein, Körperschaft des öffentlichen Rechts
- Bitkom e.V.
- Cyber Security Cluster Bonn e.V.
- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Nordrhein-Westfalen e.V. (DEHOGA NRW)
- eurobits e.V.
- Handelsverband Nordrhein-Westfalen e.V. (HV NRW)
- Industrie- und Handelskammer Nordrhein-Westfalen (IHK NRW)
- Sparkassenverband Westfalen-Lippe
- Unternehmer NRW
- VDMA e.V. Landesverband Nordrhein-Westfalen (VDMA NRW)
- Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften in NRW e.V. (VWE NRW)
- Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.
- Verband der Elektro- und Digitalindustrie e.V. Landesstelle NRW (ZVEI NRW)
- Westdeutscher Handelskammertag (WHKT)

Die Aktion „Tür zu im Netz“ ist die erste Maßnahme der Initiative „Wirtschaft.Digital.Sicher NRW“. Gemeinsam mit Kammern und Branchenvertretungen erarbeitet das Wirtschaftsministerium, unterstützt durch das Kompetenzzentrum „DIGITAL.SICHER.NRW“, eine Strategie für eine verbesserte Cybersicherheit und Resilienz in der Wirtschaft.

## **Mehr als 2000 Schülerinnen und Schüler ermitteln die Landesmeister in zehn olympischen und drei paralympischen Sportarten**

**Am 6. Juni 2023 findet die zweite Auflage des zentralen Landesfinales des Landessportfestes der Schulen in Duisburg statt**

Nach der erfolgreichen Premiere des zentralen Landesfinales am 14. Juni 2022, wird es auch im Schuljahr 2022/2023 wieder eine gemeinsame Veranstaltung in Duisburg geben. Am 6. Juni 2023 werden mehr als 2.000 Schülerinnen und Schüler die Landesieger in zehn olympischen und drei paralympischen Sportarten ermitteln. Für die siegreichen Mannschaften gibt es neben dem Pokal und den Medaillen auch das begehrte Ticket zum Bundesfinale von „Jugend trainiert für Olympia & Paralympics“ im September in Berlin.

„Mit der zentralen Finalveranstaltung schaffen wir ein sportliches Gemeinschafts-Erlebnis“, sagt Andrea Milz, Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt des Landes Nordrhein-Westfalen. „Aufgrund der sehr positiven Erfahrungen in Duisburg werden wir im März 2024 eine vergleichbare Veranstaltung für die weiteren sechs olympischen und drei paralympischen Sportarten durchführen.“

Bei der diesjährigen Zentralveranstaltung werden die Wettbewerbe zum größten Teil wieder im Sportpark Duisburg stattfinden, so dass die Schülerinnen und Schüler neben der eigenen Teilnahme am sportlichen Wettbewerb auch bei anderen Sportarten zuschauen und mitfiebern können. Auch Zuschauerinnen und Zuschauer sind an diesem Tag herzlich willkommen.

Den Abschluss der Zentralveranstaltung bildet die Ehrung aller erfolgreichen Schulmannschaften in der „Schauinsland-Reisen-Arena“, zu der alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Verantwortlichen herzlich eingeladen sind. Die Siegerehrungen werden von einem kleinen Rahmenprogramm begleitet.

### **Landessportfest der Schulen in Nordrhein-Westfalen:**

Das Landessportfest der Schulen ist der größte Schulsportwettbewerb in Nordrhein-Westfalen. Landesweit nehmen Kinder und Jugendliche an den Schulsportwettkämpfen von der Stadt-/Kreisebene bis hin zu den verschiedenen Landesfinals teil. Im vergangenen Jahr hat es zum ersten Mal eine zentrale Finalveranstaltung für die Sportarten, die am Herbstfinale von „Jugend trainiert für Olympia & Paralympics“ jeweils im September in Berlin teilnehmen, gegeben. Für das Frühjahrsfinale in Berlin erfolgt die Qualifikation jeweils bis zu den Osterferien.

Einen Überblick über die einzelnen Wettbewerbe entnehmen Sie bitte der Seite.

(<https://www.sporttalente.nrw/schulsportwettkaempfe/zentrale-landesmeisterschaft-2023/>)